



## ÜBERSICHT

# Politische Maßnahmen gut begründen

Bei jeder vorgeschlagenen *Maßnahme* oder Lösung sollte man prüfen:

- Wozu soll die Maßnahme erfolgen? Was ist das Ziel?
- Was bringt die Maßnahme? (Nutzen, Wirksamkeit, Ertrag)
- Was kostet die Maßnahme? (Kosten, Schaden)
- Können wir uns den Aufwand leisten? (Finanzierbarkeit)
- In welchem Verhältnis stehen Aufwand und Ertrag, Nutzen und evtl. Schaden?

Vom Ertrag (Verhältnis Kosten / Nutzen) hängt ab, ob die Maßnahme am Ende lohnt. Die wichtigsten Ziele sind Ziele, die *alle* angehen: Ziele, die *Grundbedürfnisse* befriedigen und / oder *Grundwerte* achten. Solche Ziele liefern die stärksten Gründe in Debatten.

## GRUNDBEDÜRFNISSE (= was jeder Mensch zum Leben braucht)

*Beispiele:*

- Nahrung, Wohnung, Kleidung
- Sicherheit (an Leib und Leben, Eigentum und Besitz), Bewegungsfreiheit
- Menschliche Nähe: Ansprache, Geborgenheit, Geselligkeit, Zugehörigkeit
- Menschliche Distanz: Respekt, Schutz der Privat- und Intimsphäre
- Sinn: Arbeit, Anerkennung, Glauben, Überzeugung, Bildung, Glück

## GRUNDWERTE (= wonach sich das Zusammenleben aller im Staate richten soll)

*Beispiele:*

- Achtung der Menschenwürde, Toleranz
- Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit (Verhältnismäßigkeit, Gegenseitigkeit)
- »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«; »Einigkeit und Recht und Freiheit«
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Umweltschutz)

Für beide Arten von Zielen, Grundbedürfnisse wie Grundwerte, gilt: Es geht nicht alles zugleich, und schon gar nicht für alle zugleich. Und immer wieder geraten die Interessen des Einzelnen mit den Interessen der Allgemeinheit in Gegensatz. Darum muss man immer wieder neu untersuchen und entscheiden, welche Interessen den Vorrang verdienen oder wie zwischen ihnen ein Ausgleich hergestellt werden kann. Genau dazu sind Debatten da.

Beispiel: »Soll der Benzinpreis pro Liter auf 3 Euro angehoben werden?« Was ist das wichtigere Ziel: die Möglichkeit, günstig Auto zu fahren, oder der Schutz der Umwelt? Auch wenn man meint: der Schutz der



Umwelt, fragt sich immer noch: Ist die Benzinpreiserhöhung ein geeignetes Mittel? Überwiegt der Nutzen den Schaden der Maßnahme?

Beispiel: »Sollen öffentliche Plätze videoüberwacht werden?« Was ist das wichtigere Ziel: der Schutz der Privatsphäre, auch in der Öffentlichkeit, oder der Gewinn an Sicherheit? Wenn Sicherheit: Bringt die Maßnahme wirklich mehr Sicherheit? Oder nur mehr Kontrollmöglichkeit? Überwiegt der Nutzen den Schaden der Maßnahme?

Für den Staat ist die Beachtung der Grundwerte durch die Verfassung vorgeschrieben. Grundwerte begründen *Grundrechte*. Außerdem sagt die Verfassung, wie der Staat selbst aufgebaut sein soll. Diese Vorschriften nennt man *Verfassungsgrundsätze*. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland heißt *Grundgesetz*.

### **GRUNDRECHTE (= wonach sich der Staat gegenüber dem Einzelnen richten soll)**

Grundrechte gibt es in zwei Arten: Menschenrechte und Bürgerrechte. Menschenrechte gelten für jeden Menschen (z. B. Achtung der Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, Recht der freien Meinungsäußerung). Bürgerrechte gelten für jeden Bürger, das heißt in Deutschland für alle Deutschen (z. B. Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Wahlrecht).

Über die Einhaltung der Grundrechte wachen die Gerichte, insbesondere das Bundesverfassungsgericht.

### **VERFASSUNGSGRUNDSÄTZE (= wonach sich der Staat als Staat richten soll)**

Das Grundgesetz sagt: Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat (Art. 20, Abs. 1). Demokratisch heißt: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Sozial heißt: der Staat sorgt dafür, dass alle Bürger bei gewissen unvermeidlichen Risiken des Lebens abgesichert sind (z. B. Krankheit, Gebrechlichkeit, Arbeitslosigkeit). Bundesstaat heißt: Deutschland gliedert sich in Bund und Länder.

Die Demokratie der Bundesrepublik ist zugleich Rechtsstaat. D. h., alles was der Staat tut, soll nach Gesetz und Recht geschehen. Die Staatsgewalt ist in drei Gewalten aufgeteilt: Gesetzgebung (Bundestag / Bundesrat), vollziehende Gewalt (Bundesregierung) und Rechtsprechung (Bundesgerichte).

Die anspruchsvollsten Debatten ergeben sich da, wo Verfassungsgrundsätze oder Grundrechte betroffen sind oder Grundrechte gegeneinander abgewogen werden müssen.

#### *Beispiele:*

»Soll das Wahlrecht zur Wahlpflicht werden?« Zu klären ist: Womit (Recht zur Wahl oder Pflicht zur Wahl) ist der Demokratie mehr gedient? Betroffen sind der Verfassungsgrundsatz ‚Demokratie‘ und das Bürgerrecht ‚Wahlrecht‘.

»Sollen Sitzblockaden bestraft werden?« Hier stehen sich gegenüber: das Grundrecht der freien Meinungsäußerung, sofern die Sitzblockade als Meinungsäußerung gemeint ist, und das Grundrecht der Handlungsfreiheit derjenigen Verkehrsteilnehmer, die durch die Blockade an der Weiterfahrt gehindert werden.